

# Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

## 18.-19. Juni

**Antrags-Nr.: 1.0**

**Thema: Die Zukunft sozial-gerecht gestalten**

**Antragsteller: Präsidium des Bundesverbandes**

**Die Bundeskonferenz möge beschließen:**

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein starker und funktionsfähiger Sozialstaat ist, um Schaden, Leid und soziale Not von den Menschen und unserer Gesellschaft abzuwenden. Der gemeinsame Kampf, insbesondere das kreative ehrenamtliche Engagement, gegen die Corona-Pandemie hat die Solidarität unter den Menschen gestärkt und eine große Innovationskraft entfaltet. Binnen kürzester Zeit wurden Impfstoffe entwickelt, der Zugang zu Sozialleistungen erleichtert und Finanzmittel in Milliardenhöhe mobilisiert. Gleichzeitig verlangt die Corona-Pandemie allen Menschen viel ab und legt die Defizite unseres Sozialstaats offen. Menschen in systemrelevanten Berufen, wie z. B. den Gesundheits- und Pflegeberufen, sind erheblichen Arbeitsbelastungen ausgesetzt. Die Lebenslagen vieler Menschen haben sich – trotz der vielfältigen Hilfen – zum Teil dramatisch verschlechtert. Die Ungleichheit und Unzufriedenheit in unserer Gesellschaft ist an vielen Stellen gewachsen.

Die Impfstoffe nähren die Hoffnung, dass die Corona-Pandemie in diesem Jahr unter Kontrolle gebracht werden kann. An den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie werden wir dagegen noch lange zu arbeiten haben. Deshalb fordert die AWO eine Krisen- und Wiederaufbaustrategie, die grundrechtliche Einschränkungen, wo immer möglich und vertretbar, zurücknimmt, den Weg staatlicher Investitionen fortführt und Leistungskürzungen auch weiterhin eine klare Absage erteilt. Die Lasten der Corona-Pandemie dürfen nicht auf die ohnehin schon belasteten Menschen abgewälzt werden, sondern müssen von denjenigen geschultert werden, die sich einen Solidarbeitrag leisten können. Lastenverteilung in einer Gesellschaft ist eine Gerechtigkeitsfrage. Für uns heißt das:

- Die vielfältigen und qualitativ hochwertigen Angebote der Freien Wohlfahrtspflege sind unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge in Deutschland. Die Verbände müssen auch künftig in die Lage versetzt werden, die Folgen der Krise für die Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu begrenzen. Die Freie Wohlfahrtspflege ist systemrelevant! Sozialer Fortschritt ist nicht ein Wert neben anderen, sondern Ziel staatlichen Handelns. Erinnerung sei an Art. 3 Abs. 3 des Vertrages der Europäischen Union („Die Union wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt ... hin“)
- Die sozialen Sicherungssysteme haben viele Soloselbstständige, Minijobber, Teilzeitbeschäftigte, Hartz-IV-Berechtigte, Auszubildende, Studierende und Alleinerziehende nur unzureichend schützen können. Die mehrfach befristeten

# Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

## 18.-19. Juni

Verfahrenserleichterungen beim Zugang und Bezug von existenzsichernden Leistungen müssen in eine grundlegende Reform des Hartz IV-Systems münden, das tatsächlich jedem\*r Einzelnen ein menschenwürdiges Existenzminimum garantiert. Gleichzeitig müssen Angebote der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die Menschen in Beschäftigung bringen, in vollem Umfang erhalten und weiter ausgebaut werden.

- Die Krise hat an vielen Stellen gezeigt, was geht und was nicht hingenommen werden kann. Hieraus müssen Lehren für die Zukunft gezogen werden! Insbesondere gilt es, die Arbeitsbedingungen der „Held\*innen der Krise“ deutlich zu verbessern (z. B. derjenigen, die im Care-Bereich tätig sind, aber auch Beschäftigte des Lebensmittelhandels) und die neuen Arbeitsmodelle (z. B. mobiles Arbeiten, hybride Formen der Kommunikation) in zukunftsfähige Konzepte zu überführen, welche das soziale Miteinander auch am Arbeitsplatz nicht vernachlässigen.
- Schwierigkeiten in der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf haben sich in der Corona-Pandemie deutlich verschärft. Dies verdeutlicht nachdrücklich das Erfordernis, das Verhältnis von Erwerbsarbeit und privater Sorgearbeit neu zu regulieren. Darüber hinaus sind ganz grundsätzlich verstärkte Investitionen und Anstrengungen in den Ausbau der Kindertagesbetreuung notwendig, auch um das Recht und die Möglichkeit von Kindern und Jugendlichen auf Bildung, Teilhabe und Mitbestimmung zu stärken. Kinderrechte sind ins Grundgesetz aufzunehmen.
- Starke Beteiligungsrechte sind unabdingbar, auch in Krisenzeiten, um Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung aufzufangen und das Vertrauen in politische Entscheidungsträger\*innen zu stärken.
- Niedrigschwellige Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote sind für junge Menschen auszubauen zum langfristigen Ausgleich beim Nachholen von Qualifikationen, Auslandserfahrungen etc., aber auch in finanzieller Form.
- Gewaltschutzeinrichtungen müssen ohne Einschränkung als systemrelevant eingestuft und stets bei allen pandemiebedingten Maßnahmen so berücksichtigt werden (Schutzmaßnahmen, Kinderbetreuung eigener Kinder, bevorzugte Impfung, Testung u.v.m.), dass sie ihren Auftrag (niedrigschwelliger Zugang zu Schutz, Hilfe und Beratung im Falle häuslicher Gewalt) in jedem Fall ausführen können.
- Im Nachgang darf es in der folgenden Förderperiode keine finanziellen Einbußen für diese Einrichtungen/Strukturen geben (beispielsweise aufgrund geringerer Belegungszahlen durch Quarantänesituationen, verordnete Aufnahmestopps usw.). Hier sind der Bund und die Länder gefragt – die Kommunen dürfen finanziell nicht alleine gelassen werden.
- Die Angebote der offenen Jugendarbeit sind hier eine wichtige niedrigschwellige Ressource, bieten sichere Räume, Halt und Orientierung. Diese gegenwärtig in § 1 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII formulierte Aufgabe der Jugendhilfe muss sichergestellt werden, um insbesondere als individuelles Leistungsangebot

# Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

## 18.-19. Juni

Schutz, Hilfe und Unterstützung verlässlich zur Verfügung stellen zu können. Dazu gehört auch, die teilweise prekären Arbeitsbedingungen in der Erziehungshilfe zu verbessern.

- Die sozialen Folgen der Corona-Pandemie haben einmal mehr gezeigt, dass eine verstärkte Koordinierung auf EU-Ebene in Fragen der Sozialpolitik notwendig ist. Es braucht EU-weite verbindliche soziale Mindeststandards, welche die Ungleichheit und Armut reduzieren und die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben.  
Wir fordern die Politik auf, eine gesamtgesellschaftliche Nach-Corona-Analyse durchzuführen, die alle sozialpolitischen Bereiche umfasst. An dieser wird sich die AWO beteiligen.

### **Arbeitsbedingungen für systemrelevante Berufe im sozialen Sektor verbessern**

Die Corona-Pandemie hat die Relevanz sowohl der sozialen, betreuenden, haushaltsnahen Dienstleistungen und der Gesundheitsberufe nachdrücklich deutlich gemacht. Pflege, Betreuung und familien- und haushaltsnahe Dienstleistungen bilden, insbesondere in Krisenzeiten, ein Rückgrat der Gesellschaft. Sie halten die Gesellschaft, das tägliche Leben aufrecht und sind Voraussetzung für die Wirtschaft. Gleichzeitig bilden sie krisenfeste Beschäftigungsaussichten und eine von externen Konjunkturschwankungen wenig anfällige Basis von Steuereinnahmen.

Ohne die Versorgung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs, ohne die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern einschließlich entsprechender professioneller Unterstützungsstrukturen, wäre die Versorgung der Bevölkerung nicht gesichert und würde in anderen Wirtschaftsbereichen durch Arbeitsausfälle u. ä. zu Einbrüchen führen.

All diese in der Corona-Pandemie systemrelevanten Berufe und Tätigkeiten der Pflege, Betreuung sowie anderer familien- und haushaltsnaher Felder zeichnen sich durch einen hohen Anteil von Frauen aus sowie teilweise erschwerten Arbeitsbedingungen und vergleichsweise geringer Bezahlung. Die in der Krise gestiegene Erkenntnis der Relevanz dieser Berufe hat leider nur kurzfristig zu gesteigener Anerkennung und Bewusstmachung der Relevanz der Berufe geführt. Daraus müssen nun Konsequenzen gezogen werden - Die Arbeit in der Pflege ist nicht weniger wert als die Arbeit in anderen Berufen!

Die AWO fordert daher, soziale, pflegerische und betreuende Berufe gesellschaftlich aufzuwerten und stärker anzuerkennen. Neben einer besseren Personalausstattung ist eine angemessene Bezahlung ein wichtiger Hebel. Um das zu erreichen, bedarf es Anreize zu einer höheren Tarifbindung sowie zur Mindestabsicherung allgemeinverbindliche bzw. erstreckte Tarifverträge mit einer Orientierung an den öffentlichen Dienst. Neben der finanziellen Komponente müssen aber auch die Rahmenbedingungen und die Personalausstattung deutlich verbessert werden. Das ist nicht nur eine Frage der Wertschätzung, sondern ist auch ein Mittel gegen den Fachkräftemangel. Die Kosten für Lohnsteigerungen und bessere Arbeitsbedingungen müssen durch die jeweiligen Kostenträger refinanziert werden - nicht auf Kosten der Schwachen und Hilfsbedürftigen! Eine Investition in Fachkräfte ist eine Investition in die Zu-

# Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

## 18.-19. Juni

kunftsfähigkeit des Sozialstaats. Neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen, ist das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen in der Pflege in den Blick zu nehmen. Deswegen braucht es eine Nachwuchsförderung, die insbesondere Männer dazu motiviert, im sozialen Sektor tätig zu werden. Maßnahmen, die den Quereinstieg erleichtern, können ebenfalls dazu beitragen, den Beruf attraktiver zu machen und Arbeitskräfte zu gewinnen. Die AWO verpflichtet sich, dieses Ziel in ihren Einrichtungen und Diensten noch stärker zu verfolgen, darüber hinaus entwickelt sie innovative Ansätze um Menschen in berufsbegleitenden Qualifizierungsprozessen in soziale und pflegerische Berufe zu führen. Erforderlich ist eine hohe Durchlässigkeit von niedriger qualifizierten in höher qualifizierte Berufsfelder. Die AWO begleitet die Menschen mit ihrer zur Verfügung stehenden Infrastruktur.

### **Für einen sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt**

Die AWO kämpft als gemeinnütziger Wohlfahrtsverband, als Trägerin von sozialen Diensten und Einrichtungen, als Bildungsträgerin sowie als Arbeitgeberin für einen sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt, bei dem die Nutzer\*innen im Mittelpunkt stehen und die Mitarbeiter\*innen gute Rahmenbedingungen vorfinden.

Die AWO begreift das Recht auf Arbeit für Alle als Menschenrecht und setzt sich sowohl politisch als auch in ihren eigenen Diensten und Einrichtungen konsequent für die Beseitigung sämtlicher struktureller Barrieren ein. Teilhabe am Arbeitsleben bedeutet weit mehr als einer regelmäßigen Beschäftigung nachzugehen und die Sicherung des Lebensunterhalts. Sie ist die Voraussetzung für soziale und gesellschaftliche Teilhabe. Viele Menschen identifizieren sich in hohem Maße über ihre Arbeit, ziehen aus ihr Sinn, pflegen Kontakte zu anderen Menschen, erfahren Wertschätzung, soziale Anerkennung, Selbstwirksamkeit und fühlen sich als Teil eines Teams oder Unternehmens, mit dem sie sich identifizieren können.

Die positiven Arbeitsmarktzahlen der letzten Jahre hatten nicht die erhofften Effekte auf die Situation benachteiligter Zielgruppen am Arbeitsmarkt. Die Folgen der Corona-Pandemie verschärfen die Lage noch einmal zusätzlich. Insbesondere schwerbehinderte, psychisch beeinträchtigte, langzeitarbeitslose und zugewanderte Menschen haben häufig erhebliche Schwierigkeiten und wenig Chancen, aus eigener Kraft ihre Situation zu verbessern. Sie brauchen professionelle und manchmal auch langfristige Unterstützung auf ihrem Weg (zurück) zur sozialen Teilhabe und in das Arbeitsleben. Dies gilt gleichsam für junge Menschen am Übergang von der Schule in den Beruf, die durch die aktuelle Situation in besonderer Weise getroffen werden. Die AWO-Anbieter\*innen von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, Bildungs- und Arbeitsmarktdienstleistungen sind mehr denn je gefragt, den Betroffenen mit ihrer Expertise durch Begleitung, Qualifizierung, Beschäftigung und Unterstützung beizustehen.

Die AWO fordert Bedingungen, die sicherstellen, dass die geleisteten Hilfen ankommen! Die Unterstützung muss an den individuellen Bedarfen der Nutzer\*innen ausgerichtet sein. Es muss seitens der Fördergeber möglich sein, dass Unterstützung bei Bedarf auch langfristig, rechtskreis- und maßnahmenübergreifend unter der Wahrung von Kontinuität bei Ansprechpartner\*innen möglich ist. Vertrauen in die Unterstützung wächst manchmal langsam, Erfolge zeigen sich oft erst nach Jahren. Hierbei

# Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

## 18.-19. Juni

muss das Fördern vor dem Fordern stehen. Die AWO setzt sich ein für ein Zurück zu den Prinzipien der Sozialen Arbeit, bei denen der Kontakt und die Beziehung im Mittelpunkt stehen. Sanktionen sind kontraproduktiv!

Die AWO fordert, dass Arbeitgeber\*innen, Bildungs- und Arbeitsmarktträger\*innen Rahmenbedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, ihren Auftrag dauerhaft fach- und sachgerecht zu erfüllen. Dies setzt neben einer ausreichenden Finanzierung aller tatsächlich anfallenden Kosten auch die Möglichkeit nachhaltiger Investitionen (Stichwort Digitalisierung) und die dauerhafte Beschäftigung und Fortbildung hochqualifizierter und motivierter Fachkräfte voraus. Die derzeit häufig übliche Praxis der Vergabe und das kompliziert verfasste Vergaberecht erschweren die Planungssicherheit für Träger und damit die Bindung von erfahrenem Personal, die Weiterentwicklung von Trägern und Finanzierung von qualitativ hochwertiger Arbeit.

### **Armut überwinden und soziale Ausgrenzung verhindern**

Über 15 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht oder betroffen - das kann nicht hingenommen werden! Die AWO fordert einen Sozialstaat, der Armut überwindet, die Konzentration von Reichtum begrenzt, alten sowie neuen sozialen Risiken und Spaltungslinien entgegenwirkt und die Chancengleichheit der Lebensführung voranbringt.

Besonderen Reformbedarf sehen wir beim Thema Kinder- und Jugendarmut: Die Arbeiterwohlfahrt fordert die Politik dazu auf, gegen Kinder- und Jugendarmut aktiv zu werden! Dazu gehört

- ein Bundesgesetz zur Einführung einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung,
- der Ausbau einer qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, einschließlich digitaler Ausstattung und Zugänge sowie
- eine wirksame Förderung und Stärkung von Familien in ihrer Vielfalt.

Es reicht nicht mehr aus, an kleinen Stellschrauben zu drehen. Die AWO fordert stattdessen, die gegenwärtige Familienförderung vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gilt dabei gleichermaßen: Eine menschenwürdige Existenzsicherung muss für alle Menschen bedarfs- und realitätsgerecht gewährleistet werden. Das umfasst auch eine umfangreiche Teilhabe an der Gesellschaft. Wir wollen insbesondere die Grundsicherung weiterentwickeln und weg von der derzeitigen Sanktionspraxis, hin zu einem Hilfesystem auf der Grundlage von Wertschätzung und Vertrauen.

Auch die Armut im Alter muss zielgerichtet bekämpft werden. Hierzu müssen die Lücken im Erwerbsleben verhindert, die Rentenleistungen weiter verbessert und die Grundrente ausgebaut werden.

Armut übersetzt sich zunehmend auch in andere Lebenslagen. Deswegen fordern wir:

## Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

- Bezahlbaren Wohnraum verlässlich sicherzustellen und zu schützen sowie einen massiven Ausbau altengerechter bzw. barrierefreier Wohnungen. Ein Recht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen ist eine starke soziale Frage und bedarf eines starken politischen Engagements.
- Eine präventive und solidarische Gesundheitspolitik und Gesundheitsbildung, welche die armutspolitische Perspektive systematisch integriert, weil Armut krank macht und Krank sein arm macht.
- Arbeit muss vor Armut schützen! Wir fordern prekäre Beschäftigung zu bekämpfen und die Tarifbindung zu stärken.

Ökonomische Ungleichheiten dürfen nicht weiter aus dem Ruder laufen, sondern müssen durch ein wirksames Steuer- und Transfersystem reguliert werden. Der Sozialstaat muss für die Herausforderungen der Zukunft so ausgestattet werden, dass er weiterhin maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt beitragen kann. Armut heute führt unweigerlich zu Altersarmut morgen mit vielfältigen negativen Folgen für die gesamte Gesellschaft. Dies gilt es zu verhindern.

### **Recht auf gute Bildung für alle!**

Gute Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie soll die Persönlichkeit entwickeln, Menschen gut für den Arbeitsmarkt ausbilden sowie Frieden und Demokratie sichern. Unsere Gesellschaft verändert sich, Lebenswege werden individueller und die ganze Welt immer vernetzter. Wie können wir unser Bildungssystem darauf gut einstellen? Welche Maßnahmen sind erforderlich, um Zugänge zu erleichtern und Bildungswege zukunftsfähig zu gestalten?

Gute Antworten auf diese Fragen sind entscheidend – denn die Bildungschancen in Deutschland sind höchst ungleich verteilt, sie greifen die vorhandenen Potenziale des Einzelnen oft nur unzureichend auf und blockieren Chancen. Bildungschancen für alle müssen unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglicht werden!

Die Corona-Pandemie hat die strukturellen Defizite der Bildungseinrichtungen und ihrer Akteure wie in einem Brennglas sichtbar werden lassen: Kleine Kinder sind monatelang von ihren frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten ausgeschlossen, digitale Lösungen für das Lernen und den Unterricht zu Hause sind nicht ausgereift, Homeschooling beeinträchtigt insbesondere benachteiligte Kinder und gefährdet ihren Anschluss an Schule und soziales Leben, viele Eltern sind mit den neuen Lern- und Betreuungsaufgaben zu Hause überfordert. Dem gilt es, entgegen zu wirken. Für die AWO ist Bildung mehr als nur Berufsvorbereitung. Bildung muss gerade Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, ihre eigene Persönlichkeit auszubilden und zu entfalten.

Die Arbeiterwohlfahrt ist eine starke Bildungspartnerin mit eigenen Werten, mit Einrichtungen und Erfahrungen im Umgang mit der Corona-Pandemie. Mit ihren vielfältigen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien und einem ganzheitlichen Bildungsverständnis setzt sie professionelle und passende Bildungsangebote um. Diese dienen der Vermittlung sozialer, demokratischer, ökologischer und diversitätsori-

## Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

entierter Kompetenzen. Durch sie erwerben Kinder und Jugendliche Gestaltungs-kompetenzen hinsichtlich eines integrierten und ganzheitlichen Handelns, welches auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist.

In Krisenzeiten, in denen wesentliche Bedürfnisse und Grundrechte eingeschränkt sind, sichert die AWO die Mitgestaltung des eigenen Alltags durch Einbezug der Betroffenen. Auch im Bereich der digitalen Medien leistet die AWO Unterstützung, um jungen Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Die Familie ist Lebens- und Lernort für Kinder. Auch non-formale Bildungsorte brauchen Anerkennung und Förderung! Die AWO unterstützt das mit Nachdruck. Genau wie die stadtteilbezogene Arbeit geht es um die Stärkung von Gemeinschaften und Sozialräumen, in denen die Träger und Einrichtungen der AWO einen wichtigen, wertorientierten Beitrag leisten.

Damit dies gelingen kann, braucht die AWO motivierte und kompetente Fach- und Führungskräfte, die maßgeblich dafür verantwortlich sind, die Bedarfslagen ihrer Zielgruppen zu erkennen und professionell darauf zu reagieren. Um die hohe Qualität in der Sozialen Arbeit zu sichern und zu verbessern, sind regelmäßige Qualifizierungen ein Grundpfeiler, um die fachliche Arbeit weiterzuentwickeln und die Zusammenarbeit zu optimieren. Aus diesem Wissen heraus unterstützt die AWO berufs begleitende Fort- und Weiterbildung und bezieht diese in ihre Strategien zur Personalentwicklung mit ein. Die AWO unterstützt eine Lernkultur, die non-formale und informelle Lernprozesse einbezieht. Die AWO fördert die unterschiedlichen Formen der Fort- und Weiterbildung ihrer Fachkräfte durch die Bereitstellung von zeitlichen und finanziellen Ressourcen.

Aus diesen Erfahrungen fordert die AWO die Bundesregierung auf, sich für Qualitätsstandards und eine bessere Finanzierung der formalen und non-formalen Bildungsorte für Kinder und Jugendliche einzusetzen - etwa durch Stärkung der digitalen Bildung in Schule und Jugendhilfeeinrichtungen, durch Qualitätsverbesserungen im frühkindlichen Bereich und durch einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Die Qualifizierung der Fachkräfte ist dabei an vorderster Stelle zu berücksichtigen. Nur mit gut aus- und weitergebildetem Personal können die hohen Anforderungen umgesetzt werden.

Die Politik muss dafür sorgen, dass allen Kindern und Jugendlichen ein gleichberechtigter Zugang zu digitalen Endgeräten und dem Internet zur Verfügung steht. Hierzu ist der Digitalpakt Schule zu beschleunigen, das Bildungs- und Teilhabepaket besser auszustatten und weitere familienentlastende monetäre Leistungen zu gewähren.

Zudem ist der Ausbau und die Finanzierung bedarfsgerechter sozialer Infrastrukturen zu unterstützen, insbesondere niedrigschwellige Angebote der Information, Beratung und Unterstützung. Diese sollen krisenbedingte Unterrichts- und Bildungsbenachteiligungen ausgleichen und Ratsuchende schneller erreichen.

# Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

## 18.-19. Juni

### **Den digitalen Wandel sozial und inklusiv gestalten**

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche ist in vollem Gange. Sie ist seit langem kein Nischenthema mehr, sondern zieht sich durch alle Lebens- und Arbeitsbereiche, bei der AWO und anderswo. Alle Einrichtungen und Gliederungen der AWO stehen hier vor Herausforderungen, aber auch vor großen Chancen. Ob Unterstützung in der Pflege, Vergabe von Kita-Plätzen, Beratungsangebote oder im bürgerschaftlichen Engagement – überall wird die Digitalisierung Veränderungen mit sich bringen.

Um als Mitgliederverband attraktiv zu bleiben, muss die AWO die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Sie muss auf der Höhe der Zeit mit den Mitgliedern kommunizieren, interagieren und zeitgemäße Formen der Beteiligung schaffen. Nur ein Verband, der sich dieser Herausforderung annimmt, wird auch in Zukunft schlagkräftig und sichtbar sein.

Auch das Ehrenamt befindet sich in einer Transformation. Die AWO wirkt darauf hin, die Digitalisierung zu nutzen, um das Ehrenamt zu stärken. Durch den Einsatz digitaler Technologien können wir Ressourcen schonen und neue Zielgruppen erschließen. Es eröffnen sich neue Felder des Engagements, die der AWO die Chance geben, ihre Werte auch online zu verwirklichen. Die AWO setzt sich deshalb dafür ein, neben den vorhandenen Engagementformen auch digitales Engagement (bspw. virtuelle Patenschaften) stärker anzuerkennen und für die AWO zu nutzen. Der Vorteil eines digital gestützten Engagements liegt darin, dass es zeit- und ortsunabhängiger ausgeführt werden kann. Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Engagement wird somit erleichtert.

Wie der Mitgliederverband, verändern sich auch die Dienstleistungen der Wohlfahrtspflege. Diese können vermehrt auch digital erbracht werden (bspw. Online-Beratung) oder beinhalten digitale Aspekte. Sowohl die Qualität, als auch die auskömmliche Refinanzierung dieser Angebote muss sichergestellt werden. Die ganze Gesellschaft ist durch die Digitalisierung im Umbruch. Jede digitalpolitische Entscheidung hat mittelbare oder unmittelbare Auswirkungen auf viele unterschiedliche Lebensbereiche. Für die gesellschaftliche Teilhabe wird die digitale Teilhabe zunehmend entscheidend. Ohne Zugang zu digitaler Infrastruktur und ohne entsprechende Medienkompetenz besteht die große Gefahr, dass Teile der Bevölkerung abgehängt und ihrer Teilhabemöglichkeiten beraubt werden. Auch ein geringes Einkommen oder ein höheres Alter darf nicht dazu führen, dass Menschen von der Gesellschaft zunehmend abgekoppelt werden. Um eine sozial gerechte und inkludierende digitale Transformation zu erreichen und bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern nicht noch zu vergrößern, müssen Digitalisierungsprozesse inverbandlich und gesellschaftlich gendersensibel konzipiert, begleitet und umgesetzt werden. Zugänge, Ausstattung und Kompetenzen müssen geschlechtergerecht verteilt werden.

Eine digitale Spaltung führt zwangsläufig zu einer gesellschaftlichen Spaltung. Teilhabe darf kein Privileg sein. Deswegen setzt sich die AWO dafür ein, digitale Teilhabeberechte auch gesetzlich zu verankern. Digitale Bedarfe sollen stärker in der Sozialgesetzgebung berücksichtigt werden, um auch Bezieher\*innen von Transferleistungen digitale Teilhabe und Bildung zu ermöglichen. Digitale geschlechtsspezifische



## Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

Gewalt – besonders auch gegen Frauen, die öffentlich sichtbare Positionen bekleiden, muss entschlossen bekämpft werden.

Der AWO Bundesverband soll sich auch weiterhin aktiv in die laufenden digitalpolitische Debatten auf Bundesebene einmischen, relevante Gesetzgebungsverfahren identifizieren und begleiten und zu einer starken Stimme für die digitale Teilhabe aller werden. Dazu gehören neben Fragen der Infrastruktur insbesondere Fragen zur Barrierefreiheit und zur digitalen Bildung – unabhängig vom sozialen Status.

Die für den digitalen Wandel notwendigen Bildungsangebote für das Ehrenamt und das Hauptamt bietet die AWO in ihren Aus-, Fort- und Weiterbildungsinstitutionen nah am Bedarf der unterschiedlichen Zielgruppen an und setzt diese niedrigschwellig um.

Auch die Themenbereiche Datensouveränität und Datenschutz sind hier aus einer gesellschaftlichen Perspektive zu betrachten. Digitale Souveränität aller, ob arm oder reich, jung oder alt ist ein Ziel, an dem die AWO arbeitet.

Digitalpolitik soll ein Arbeitsschwerpunkt des Bundesvorstands und der Bundesgeschäftsstelle sein. Darüber hinaus unterstützt der Bundesverband durch Projekte, Initiativen und fachliche Vernetzung die AWO-Gliederungen auf dem Weg der digitalen Transformation. Die einzelnen Gliederungen werden ermutigt, sich vor Ort und auf Landesebene in digitalpolitische Diskussionen und Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Der Bundesverband wird diese Bemühungen unterstützen.

### **Für eine offene und demokratische Gesellschaft**

Die AWO wirkt darauf hin, dass die Stärkung der Demokratie und die Arbeit gegen alle Formen von Diskriminierung eine Querschnittsaufgabe wird. Dies gilt nicht nur für das Wirken in die gesamte Gesellschaft, sondern auch innerhalb des Verbands. Um Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der AWO entgegenzuwirken, ist der Auf- und Ausbau von Handlungskompetenzen und Strukturen in allen Handlungsfeldern notwendig. Grundlegend dafür ist die Sensibilisierung für die verschiedenen Formen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Qualifizierung im Umgang in allen Arbeitsbereichen der AWO. Um in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern der AWO bei diskriminierendem Verhalten oder Vorfällen adäquat zu reagieren, braucht es Klarheit über das Vorgehen bei solchen Fällen sowie Ansprechpersonen, die innerhalb des Handlungsfeldes dazu befugt sind, den Vorfall zu bearbeiten.

Die AWO ist hier nicht untätig: Im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI werden - z.T. seit bereits 10 Jahren - Projekte in der AWO gefördert, die demokratische Praxis in ihren Verbandsstrukturen stärken und Extremismusprävention leisten. In den Projekten wird die innerverbandliche Qualifizierung im Umgang mit Diskriminierung angestrebt und umgesetzt. Seit April 2020 begleitet der Bundesverband als koordinierender Träger die geförderten AWO Projekte der Landes- und Bezirksverbände. Ziel ist es, den Wissenstransfer der Projekte und in den gesamten Verband zu ermöglichen unter anderem mithilfe gezielter Öffentlichkeitsarbeit und durch die Verbreitung von Praxiserfahrungen und -wissen. Damit soll

## Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

auch die Aufmerksamkeit und der Rückhalt durch Führungskräfte in den Verbandsstrukturen für die entstandenen Strukturen der Demokratiestärkung bundesweit gefördert werden.

Der Bundesverband soll dafür Sorge tragen, dass die politisch-gesellschaftliche Bildung noch stärker als bisher selbstverständlicher Teil der Sozialen Arbeit wird. Soziale Fachkräfte vermitteln dabei in ihrer Tätigkeit die Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft und befähigen Menschen zur Teilhabe. Sie fördern eine diskriminierungskritische Haltung und das Einstehen gegen Menschenfeindlichkeit. Um diese Arbeit weiter zu stärken, setzt sich die AWO auch dafür ein, dass das seit 2018 an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen erfolgreich umgesetzte Programm „Respekt Coaches“ der Jugendmigrationsdienste eine langfristige Perspektive erhält. Darüber hinaus fordert die AWO ein Demokratiefördergesetz des Bundes, um Maßnahmen der Demokratieförderung, der Extremismusprävention und der Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf eine stabile Grundlage zu stellen. Die AWO wird sich weiterhin bundesweit gegen Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Hetze, Ausgrenzung und rechte Gewalt einsetzen und vernetzen. Die langjährig erfolgreich laufende Kampagne „AWO gegen Rassismus AWO für Vielfalt“ wird die im Themenfeld erarbeiteten Publikationen sowie Bildungsformate in die Breite tragen.

### **Teilhabe und Schutz von geflüchteten Menschen gewährleisten**

Die AWO tritt für eine solidarische, nationale und europäische Flüchtlingspolitik ein, die jedem einzelnen geflüchteten Menschen gerecht wird. Für die AWO ist Inklusion ein Leitprinzip, um die gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gesellschaft zu verwirklichen. Wir treten dafür ein, allen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft zu eröffnen.

Die AWO wirkt darauf hin, dass die soziale und gesundheitliche Teilhabe von Geflüchteten verwirklicht wird. Gesundheitliche und soziale Teilhabe geflüchteter Menschen kann nur unter Beteiligung aller Akteur\*innen gewährleistet werden. Eine Nichtbeachtung besonderer Bedürfnisse führen zu Benachteiligung und Diskriminierung und kann lebensbedrohlich sein. Die Mitarbeiter\*innen aller Hierarchieebenen werden dementsprechend durch ihre Arbeitgeber\*innen in Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen dafür sensibilisiert und qualifiziert, dass besondere Bedarfe und Zugangsbarrieren, insbesondere von Schwangeren, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit psychischen Erkrankungen- darunter auch Kinder und Jugendliche mit und ohne familiäre Begleitung, alleinerziehend Verantwortliche, lebensbedrohlich erkrankte und auch ältere, pflegebedürftige Menschen - frühzeitig erkannt werden, entsprechend gehandelt und schnellstmöglich in geeignete Wohnformen vermittelt wird. Dazu werden in allen AWO-Einrichtungen einrichtungsbezogene Verfahrensstandards entwickelt und Netzwerke gebildet, in welche die Ratsuchenden mit eingebunden werden.

Auch die digitale Teilhabe ist hier von großer Bedeutung. Strukturelle Benachteiligungen, Diskriminierungen sowie Zugangsbarrieren von der politischen bis zur institutionellen Ebene gilt es, zu identifizieren und abzubauen. In unserer heutigen digita-

## Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

len Welt ist eine Teilhabe und Inklusion ohne digitale Zugänge schlicht unmöglich. Dies betrifft Erwachsene gleichermaßen wie Kinder. Dementsprechend ist die digitale Infrastruktur in AWO-Flüchtlingsunterkünften so auszubauen, dass allen dort lebenden Geflüchteten ein digitaler Zugang gewährt wird. Dazu gehört der Zugang aller Bewohner\*innen von Unterkünften zu WLAN, die Zurverfügungstellung einer ausreichenden Anzahl von Computern und von geschützten Räumen, um die Computer zu nutzen sowie die Stärkung digitaler Kompetenz. Wir setzen uns für eine auskömmliche Refinanzierung dieser Maßnahmen ein.

Alle Geflüchteten sollen über ein Höchstmaß an Sicherheit verfügen und vor Gewalt geschützt sein - dafür setzt sich die AWO ein. Sicherheit vor Gewalt ist ein Grundbedürfnis, welches unbedingt erfüllt sein muss - insbesondere in den Unterkünften der Geflüchteten. Alle Flüchtlingsunterkünfte der AWO müssen über ein von der Einrichtung erarbeitetes, passgenaues Schutzkonzept verfügen. Dieses ist so konzipiert, dass der Schutz aller Bewohner\*innen, auch besonders Schutzbedürftiger, innerhalb der Unterkunft in allen Bereichen durch Prävention, direkte Intervention und Monitoring gewährleistet ist. Bei der Erstellung des Schutzkonzepts werden die Einrichtungsbewohner\*innen beteiligt. Mitarbeiter\*innen aller Hierarchieebenen werden durch ihre Arbeitgeber\*innen durch Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen für diese Thematik sensibilisiert, qualifiziert und angehalten mitzuwirken.

### **Für ein solidarisches, soziales und nachhaltiges Europa**

Die AWO bekennt sich ausdrücklich zur Europäischen Union (EU) und ihren demokratischen Werten und Zielen. Sie unterstützt die europäische Integration und bekämpft entschlossen nationale Ressentiments und Egoismen. Armut und soziale Ungleichheit sowie die Herausforderungen der Corona-Pandemie, des Klimawandels, der Digitalisierung und des demografischen Wandels erfordern auch europäische Lösungen. In diesem Bewusstsein setzt sich die AWO für die Stärkung einer solidarischen, sozialen und nachhaltigen EU ein.

Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte. Es müssen rechtsverbindliche Maßnahmen daraus abgeleitet und ihre Grundsätze in der Politikgestaltung berücksichtigt werden. Wichtige Aspekte sind eine EU-Richtlinie mit Grundsätzen für die soziale Mindestsicherung und verbindliche nationale Mindestlohnregelungen sowie die Bekämpfung von Kinderarmut. Zur Erreichung einer klimaneutralen EU ist neben verbindlichen Maßnahmen auch die Einführung einer Strategie mit konkreten sozialen Zielen notwendig. Die globale UN-Nachhaltigkeitsstrategie und die Säule sollten als wesentliche Bezugspunkte dienen.

Es braucht einen solidarischen, kontinuierlichen, strukturellen sowie finanziellen Ausgleich zwischen stark und schwach entwickelten Regionen im Rahmen der Europäischen Investitions- und Strukturfonds. Die Fonds und Förderprogramme müssen ausreichend finanziert sein, Ansätze zur Inklusion beinhalten und die Zivilgesellschaft bei der Erstellung der Programme berücksichtigen. Der Grundsatz des Partnerschaftsprinzips muss in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Wir setzen uns unter Wahrung des Prinzips der Subsidiarität in der Sozialpolitik in

## Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

Deutschland für Rahmenbedingungen ein, welche eine europarechtskonforme und wertorientierte Erbringung gemeinnütziger und gemeinwohlorientierter Dienstleistungen gewährleisten, verbesserte Bedingungen für soziale Innovationen schaffen und Digitalisierungsbestrebungen unterstützen. Die AWO setzt sich für den Schutz der gemeinwohlorientierten Erbringung sozialer Dienstleistungen im Steuersystem, in der Handelspolitik und im Wettbewerbsrecht ein.

Wir treten ein für eine bürgernahe und demokratische EU sowie eine intensivere Einbeziehung der europäischen Zivilgesellschaft. Das umfasst eine Stärkung des Europäischen Parlaments, den Ausbau des Zivilen Dialogs sowie eine konsequente Umsetzung des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus. Die AWO setzt sich auch für ein starkes und inklusives EU-Bildungsprogramm Erasmus+ ein, das die Teilhabe an Europa und ein Bewusstsein für eine europäische Identität und Kultur fördert.

Es bedarf einer europäischen Asylpolitik mit einem solidarischen, fairen und gemeinsamen europäischen Asylsystem. Diese muss von allen Mitgliedstaaten konsequent, aber im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten umgesetzt werden. Dies muss auch für die Rettung auf hoher See gelten. Die Auslagerung des Asylrechts auf Nachbarstaaten der EU bedeutet die Auslagerung gemeinsamer Verantwortung. Zudem bedarf es einer klaren Positionierung zur Schutzgewährung an Klimaflüchtlinge.

### **Kinder, Jugendliche und Familien in ihrer Vielfalt anerkennen und stärken**

Gemeinsam mit seinem familienpolitischen Fachverband, dem Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), kämpft die Arbeiterwohlfahrt für ein weites, vielfältiges und solidarisches Verständnis von Familie: „Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“ Insbesondere in den vergangenen Monaten der Corona-Pandemie und damit der weitgehenden Schließung von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen hat sich gezeigt, dass Familien unsere Gesellschaft zusammenhalten und Verantwortung für sich und andere übernehmen. Dabei darf eine Unterstützung und Förderung von Familien nicht bloßes Lippenbekenntnis bleiben. Wir setzen uns für eine dauerhafte und solidarische Absicherung aller Familien in ihrer Vielfalt ein!

Kinder und Jugendliche müssen mit ihren eigenen Interessen und Bedarfen ernstgenommen und an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden! Die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz, die Stärkung der Beteiligung in Schule, Kindertagesbetreuung und in Kinder- und Jugendparlamenten, die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und ein Bildungssystem, welches gleiche Chancen bereit hält, sind wichtige Maßnahmen, für die sich die AWO einsetzt.

Familien müssen als Ort der Demokratie, der Bildung und der Solidarität von Beginn des Familienlebens an gestärkt werden! Wir setzen uns ein für ein Recht auf eine gute Familienförderung nach § 16 SGB VIII, den Ausbau weiterer Familien- und Sozialberatungsangebote, den Einbezug von Familien in die Bildungsinstitutionen sowie die Übergangsgestaltung von der Schule in den Beruf.

Familien müssen sozial gerecht abgesichert werden, sodass kein Kind in Armut aufwachsen muss!

## Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

Wir kämpfen für eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung und damit für die Beseitigung von Kinderarmut sowie des ungerechten Dualismus aus Kindergeld und Kinderfreibeträgen im Steuerrecht. Wir fordern darüber hinaus die Streichung aller Gebühren und Aufwendungen für Lehrmittel, die einer gerechten Bildungsteilhabe im Wege stehen sowie die Weiterentwicklung zu einer qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur.

Geschlechtergerechte Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit ist ein wichtiges Ziel der Familienpolitik!

Anreize für eine geschlechterstereotype Arbeitsteilung im Sozial- und Steuerrecht müssen abgebaut werden, insbesondere das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung für Ehegatt\*innen und Lebenspartner\*innen. Darüber hinaus müssen Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und der Mindestlohn angehoben werden.

Sorge- und umgangsrechtliche Regelungen dürfen nicht länger an den Interessen der Kinder und Jugendlichen vorbeigehen, indem sie bspw. Fragen des Gewaltschutzes ausblenden oder eine tatsächliche Aufteilung der Sorgeverantwortung übersehen. Im Sozialrecht muss endlich ein Umgangsmehrbedarf anerkannt werden. Rechtlich muss es zwei Frauen möglich sein, ab Geburt eines Kindes gleichberechtigt als Mütter anerkannt zu werden.

Dringend fordern wir die Absicherung von pflegenden Angehörigen, die analog zum Elterngeld- bzw. Elternzeit-Modell, Zeiten der Fürsorge unterstützt. Zu denken ist dabei auch an eine stärkere Berücksichtigung von (coronabedingten) Pflegezeiten in der Rentenversicherung („Rentenpunkte“). Darüber hinaus brauchen pflegende Angehörige Unterstützung durch ein gutes und niedrigschwelliges Netzwerk an Beratung und Unterstützung vor Ort sowie ambulante- oder Tagespflegestellen, die eine (Teilzeit-) Erwerbstätigkeit nach wie vor zulassen. Da weit überwiegend Frauen ihre Angehörigen pflegen, ist dieses nicht nur Aufgabe der Familien-, sondern auch der Gleichstellungspolitik.

### **Geschlechtergerechtigkeit erreichen und Vielfalt leben**

Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich für umfassende Geschlechtergerechtigkeit und die Stärkung von Vielfalt ein. Soziale Merkmale wie geschlechtliche und sexuelle Identität, soziale und ethnische Herkunft, Hautfarbe, Religion, Alter und Behinderung dürfen nicht zu Diskriminierung von Menschen führen. Die AWO erklärt sich dafür verantwortlich, diese Vision nicht nur gesellschaftlich zu fordern, sondern auf allen Verbandsebenen zu verwirklichen. Es gilt an die frauen\* - und gleichstellungspolitischen Anstrengungen und Erfolge der vergangenen Jahre anzuknüpfen. Dies ist umso wichtiger vor dem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund des Wiedererstarkens reaktionärer und antifeministischer Kräfte. Auch die aktuelle „Corona-Krise“ wirft Schlaglichter auf den massiven gleichstellungspolitischen Handlungsbedarf in unserer Gesellschaft. Zahlreiche Studien belegen deutlich, dass Frauen\* zu den Verlierer\*innen der Krise gehören. Der Verband muss mit seinem historisch begründeten frauen\*- und gleichstellungspolitischen Verständnis klar Position beziehen und sich für geschlechtergerechte Politik einsetzen.

## Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

Die AWO fordert die Reform rechtlicher Vorgaben, die tradierte Geschlechterrollen fördern und fortschreiben. Sie will eine Veränderung des kapitalistischen Wirtschaftsmodells und der neoliberalen Strukturen, die systematisch zur Geschlechterungleichheit beitragen. Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede müssen bei gleicher Qualifikation abgebaut und SAHGE -Berufe sowie Care-Arbeit aufgewertet werden. Daher setzt sich die AWO für die Einführung eines Verbandsklagerechts im Entgelttransparenzgesetz ein. Darüber hinaus fordert sie die sozialversicherungspflichtige Absicherung aller Arbeitsverhältnisse, die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns und einen Branchentarifvertrag Soziales. Sie verpflichtet sich zu deren Anwendung in ihren Einrichtungen und Diensten und engagiert sich für die Gewinnung von Frauen in Führungspositionen der Einrichtungen, Dienste und Gesellschaften sowie für die Führungspositionen des Verbandes. Die AWO tritt für die Gleichstellung aller Geschlechter ein, solidarisiert sich mit Selbstvertretungsorganisationen aus dem Bereich LSBTIQ\* und sieht es als ihre Aufgabe, die Vielfalt der Geschlechter in allen Lebens- und Arbeitsbereichen abzubilden und zu ermöglichen.

Die AWO setzt sich für eine bundesgesetzliche Regelung zur auskömmlichen Finanzierung des Hilfesystems gegen Gewalt an Frauen ein und fordert einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz, Hilfe und Beratung für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kindern. Die AWO befürwortet außerdem das Recht auf Abtreibung und das Recht auf uneingeschränkte und freie Aufklärung und Information dazu. Sie fordert daher die ersatzlose Streichung von §219a StGB und die Rücknahme der Rechtswidrigkeit des Schwangerschaftsabbruchs.

### **Umweltpolitik ist Sozialpolitik - Mit Klimaschutz für eine sozial-ökologische Transformation**

Die Arbeiterwohlfahrt bekräftigt ihren Bundeskonferenzbeschluss zum Klimaschutz aus dem Jahr 2016 und ihr damit verbundenes Bekenntnis zu dem Ziel, die durchschnittliche Erderwärmung gemäß des Pariser Klimaschutzabkommens auf deutlich unter 2°C, möglichst auf 1,5°C, zu begrenzen. Sie bekennt sich darüber hinaus ausdrücklich zu den Zielen für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals). Die bereits jetzt sichtbaren Folgen der Übernutzung unseres Planeten sowie der Klimakrise mit ihren dramatischen ökologischen wie auch sozialen Auswirkungen unterstreichen die Notwendigkeit einer ambitionierten inklusiven Klimaschutzpolitik. Dabei muss konstatiert werden, dass die bislang getroffenen bzw. eingeleiteten Maßnahmen nicht ausreichen. Die kommenden Jahre sind entscheidend für die Frage, ob Deutschland seine Ziele und Verpflichtungen gegenüber der Staatengemeinschaft sowie gegenüber künftigen Generationen einhalten kann. Vor diesem Hintergrund fordert die Arbeiterwohlfahrt die aktuelle wie auch die künftige Bundesregierung dazu auf, diese Dringlichkeit anzuerkennen und die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Umwelt- und Sozialpolitik müssen dabei Hand in Hand gehen: Es braucht eine konsequente und solidarische Klimapolitik, welche nicht nur soziale Härten abfedert, sondern auch die Chancen einer sozial-ökologischen Transformation hin zu einer gerechteren Gesellschaft nutzt.

Die Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, erfordert Anstrengungen von allen Akteur\*innen der Gesellschaft, auch von der AWO. Als Trägerin von 18.000 Einrichtungen und Diensten sowie Arbeitgeberin von über 230.000 Menschen sind sich die

## Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

Handelnden in der Arbeiterwohlfahrt dieser eigenen, umfassenden Verantwortung bewusst. Um dieser Verantwortung und ihrem Bekenntnis zum Pariser Klimaschutzabkommen gerecht zu werden, setzt sich die AWO das Ziel, für alle ihre Einrichtungen und Dienste noch vor dem Jahr 2040 eine Klimaneutralität zu erreichen. Dieses ambitionierte Vorgehen muss unmittelbar angegangen werden. Hierfür wird die AWO im Nachgang zu dieser Bundeskonferenz einen verbindlichen Ziel- und Maßnahmenkatalog verabschieden, welcher eine schrittweise und wirksame Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen ihrer Einrichtungen und Dienste in den kommenden Jahren sicherstellt. Dabei müssen die ausreichende Wirksamkeit für Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele, wie auch die praktische Umsetzbarkeit für die Einrichtungen und Diensten gleichermaßen berücksichtigt werden.

Das Präsidium des Bundesverbandes wird zeitnah einen entsprechenden Vorschlag in den Bundesausschuss einbringen, damit dieser darüber beraten und entscheiden kann. Um auf sich verändernde politische Rahmenbedingungen reagieren zu können, werden Präsidium und Vorstand dem Bundesausschuss zudem in regelmäßigen Abständen berichten und Beschlussempfehlungen für Anpassungen bzw. Ergänzungen der Maßnahmen vorlegen. Der AWO Bundesverband wird zur nächsten Bundeskonferenz einen ausführlichen Bericht über den Umsetzungsstand des Klimaschutzes in der Arbeiterwohlfahrt vorlegen, anhand dessen über die weitere Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie der AWO entschieden wird. Der AWO Bundesverband wird zudem seine Bemühungen für eine Refinanzierung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsaktivitäten sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung in der Sozialen Arbeit fortsetzen und intensivieren. Die Gliederungen sind aufgerufen, den AWO Bundesverband für die gemeinsame Arbeit auf diesem Gebiet dabei u.a. mit Informationen und Daten zu unterstützen.

### **Nachwort**

Diese zwölf Kapitel spiegeln nicht nur die vielfältige Arbeit der Arbeiterwohlfahrt in Deutschland wider, sondern zeigen auch, wie vielfältig die Herausforderungen und Chancen der gesamten Gesellschaft sind. Bei der Bundestagswahl im Herbst werden die Wähler\*innen entscheiden, in was für einem Land sie leben wollen. Für die AWO ist klar: Wir wollen eine Zukunft, die geprägt ist von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Hier gilt es, klar Farbe zu bekennen – Im Wahlkampf und darüber hinaus. Von einer neuen Regierung fordern wir bereits heute, sich den drängenden Aufgaben zu stellen: Armut bekämpfen, Bildungsgerechtigkeit herstellen, Digitalisierung sozialgerecht gestalten und dem Klimawandel sozial begegnen. Auch in Zukunft ist die AWO bereit, Verantwortung zu übernehmen. Dafür bedarf es guter Rahmenbedingungen, für die wir uns weiter einsetzen. Die Corona-Krise zeigt uns, wie wichtig Solidarität für eine Gesellschaft ist – und genau das lebt die AWO mit ihren fast 240.000 Beschäftigten und getragen von mehr als 300.000 Mitgliedern.